



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

Gemeinsam für ein gutes Leben - Für einen neuen Generationenvertrag

5. Mai 2009, Berlin

„Gemeinsam für ein gutes Leben“

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

im angelsächsischen Raum hat sich in den letzten Monaten eine neue Redewendung etabliert. Frei übersetzt und im deutschen etwas holperig: „Das ist so August“.

Mit dieser Redewendung wird ein Verhalten - wie die protzige Zurschaustellung von privatem Reichtum - beschrieben, das in der Zeit vor dem Zusammenbruch der Finanzmärkte in bestimmten Kreisen akzeptiert wurde und stilbildend wirkte.

Und dieses Verhalten passt nun einfach nicht mehr in die heutige Zeit.

Unsere Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ ist nicht „August“ oder sonstwie unpassend. Sondern sie greift die Probleme und Themen auf, die heute akuter denn je sind.

Mir ist wichtig: Wir sind mit unserer Kampagne auf der Höhe der Zeit. Wir wurden nicht von der Entwicklung überrollt.

Wir sind heute handlungsfähig, weil wir uns konzeptionell und strategisch auf die Herausforderungen der Krise eingestellt haben.

Während andere noch oder schon wieder „August“ sind. Zum Beispiel der Chef der Deutschen Bank, der erneut 25 Prozent Rendite auf das Eigenkapital als Ziel ausgegeben hat.

Mit unserer Kampagne werben und mobilisieren wir für einen anderen Weg. Bei uns stehen die Wünsche und Interessen der Menschen im Mittelpunkt.

„Gutes Leben“ ist ein offenes Konzept, es schreibt nichts vor, sondern zeigt Möglichkeiten und Wege auf, die die Menschen selbst beschreiten müssen.

Die Sicherung von Arbeitsplätzen und Einkommen, der Schutz vor und in Arbeitslosigkeit stehen genau so im Mittelpunkt unserer Kampagne wie bessere Zukunftsaussichten für die Junge Generation, wie Bildung, Nachhaltigkeit und Mitbestimmung.

Wir laden die Menschen ein, ihre eigenen Vorstellungen über ein gutes Leben zu formulieren. Diese Vorstellungen werden wir mit der schlechten Wirklichkeit konfrontieren. Die Kluft zwischen beidem ist dann unser Auftrag und die Überwindung dieser Kluft unser Ziel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

wir stehen heute vor dem Trümmerhaufen einer gescheiterten Ideologie. Wir sollen die bittere Suppe auslöffeln, die andere uns eingebrockt haben. Dabei ist klar: Besonders betroffen sind die Menschen, deren Arbeitsplatz akut gefährdet ist.

Es ist eben ein himmelweiter Unterschied, ob sich der Wert eines millionen- oder gar milliardenschweren Aktiendepots halbiert oder ob mit dem Verlust des Arbeitsplatzes die eigene Existenz und die der Familie auf dem Spiel steht.

Deshalb fordern wir mit allem Nachdruck: Keine Entlassungen in der Krise!

Es gibt bessere Wege. Die IG Metall hat Vorschläge zur akuten Krisenbekämpfung gemacht. Wir haben einiges auch erreicht. Ich erwähne die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes, die Umweltprämie und den Kredit- und Bürgschaftsrahmen für die Unternehmen.

Schon jetzt lässt sich absehen, dass sich die Situation weiter zuspitzt.

Deshalb fordern wir das Aufspannen eines Rettungsschirms für die Industrie über einen Fonds für öffentliche Beteiligungen.

Die Finanzierung müssen diejenigen übernehmen, die in den letzten 20 Jahren am meisten profitiert haben. Dazu schlagen wir eine obligatorische Zukunftsanleihe auf hohe Vermögen vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

wie es in Zukunft weitergeht, was die mittel- und langfristige Entwicklung angeht, diese Entscheidung ist offen. Ich sehe drei mögliche Szenarien:

(1) Es wird eine Brücke gebaut, um über die Krise hinweg zu kommen. Danach geht es weiter wie bisher, bis sich die Entwicklung dann erneut krisenhaft zuspitzt.

(2) Der Neoliberalismus geht sogar gestärkt aus der Krise hervor.

Es werden wieder erste Stimmen laut, die angesichts der hohen Staatsverschuldung vor einer Überdehnung des Staates warnen und das Heil in einer Intensivierung des Wettbewerbs suchen.

Und ich sehe eine dritte Option. Wir wechseln den Pfad und gehen den gewerkschaftlichen Weg, der sich mit den Adjektiven sozial, solidarisch, demokratisch und nachhaltig beschreiben lässt. Oder einfach: „Gemeinsam für ein gutes Leben“:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

ich kann so wenig wie Ihr in die Zukunft blicken. Aber ich weiß, der beste Weg die Zukunft vorherzusagen ist, sie selber zu gestalten.

Deshalb tun wir alles, um den Verlust von Arbeitsplätzen und die Erosion der industriellen Substanz zu verhindern. Im freien Fall lässt sich die Richtung nicht mehr ändern.

Deshalb entwickeln wir auf Basis unserer Wertvorstellungen Eckpunkte eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegenmodells zum Neoliberalismus. Sicherlich gibt es hier noch Debatten- und Klärungsbedarf, weil angesichts der Krise eine Rückkehr zu den Zeiten vor der Krise für viele geradezu erstrebenswert scheint. Und deshalb achten wir bei der Wahl der Mittel zur Krisenbekämpfung darauf, dass bereits die Grundlagen für einen neuen Pfad gelegt werden.

Wer „public equity“ will, muss im Arbeitgeberverband organisiert sein, Tarifverträge einhalten, Mitbestimmungsrechte akzeptieren (Forderungskatalog reicht weiter). Nach dem Motto: Keine öffentliche Leistung ohne Gegenleistung!

Damit wir unserem Ziel, einer sozialen und demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung näher kommen.

Eine Gesellschaft, deren Mitglieder mit dem notwendigen sozialen und kulturellen „Kapital“ ausgestattet sind, um innerhalb gestärkter demokratischer Strukturen Zukunft aktiv zu gestalten.

Kurzum: „Gemeinsam für ein gutes Leben - jetzt erst recht!“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

was als Finanzmarktkrise begann und in rasantem Tempo auf die Realwirtschaft übergriff, droht in einem nächsten Schritt zur Krise der sozialen Sicherungssysteme bzw. deren finanziellen Grundlagen zu werden.

Treffender wäre es, von einer weiteren Verschärfung einer verteilungspolitischen Schieflage zu sprechen. Denn: Gemessen an der Sozialleistungsquote haben wir es bei den Sozialversicherungen weniger mit einem Ausgabenproblem zu tun, sondern zuallererst mit einer Einnahmeschwäche.

Seit Mitte der 70er Jahre ist die Steuerquote annähernd stabil geblieben, während die Sozialabgaben von 26,5 Prozent auf 42,0 Prozent im Jahr 2006 gestiegen sind.

Nicht etwa - wie oft behauptet wird - weil die Leistungen drastisch ausgeweitet wurden, sondern weil die Einnahmebasis - verstärkt seit den 80er Jahren - schrumpft.

Ursache dafür ist

- eine seit Jahrzehnten verfestigte Massenarbeitslosigkeit
- eine sinkende Lohnquote
- die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse
- das Abwandern von vielen Besserverdienenden in die Privatversicherung sowie
- die Sonderbelastung der Sozialversicherung durch die (in großen Teilen beitragsfinanzierte) deutsche Einheit.

Wir wollen den Sozialstaat stabil halten und zukunftssicher gestalten. Dazu brauchen wir eine Verbreiterung der Einnahmebasis des Sozialstaats durch die Einbeziehung weiterer Personengruppen und weiterer Einkommensarten.

Also ein Finanzierungsbeitrag allein nach dem Kriterium der individuellen Leistungsfähigkeit. Und wir brauchen eine Politik, die der Verrohung des Arbeitsmarktes Einhalt gebietet und nachhaltiges Wachstum fördert.

Denn gerade für die Alterssicherung gilt: Es gibt nichts Richtiges im Falschen!

Kein Rentensystem oder Rentenrecht kann auf Dauer ausgleichen,

- wenn Jahr für Jahr zehntausend, ja hunderttausend Jugendliche den Einstieg in die Berufsausbildung nicht schaffen,
- wenn Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - darunter viele Leiharbeiter - trotz Arbeit weiterhin armutsgefährdet sind,
- wenn Frauen trotz gleicher Arbeit deutlich schlechter als Männer bezahlt werden und entgegen ihren Wünschen nur Teilzeit arbeiten können,
- wenn ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Verlust des Arbeitsplatzes nur sehr geringe Chancen auf neue Arbeit haben,
- wenn Massenarbeitslosigkeit über inzwischen Jahrzehnte eine Dauererscheinung ist und nun in dieser Krise wieder hunderttausende Arbeitnehmer ihre Arbeit und ihr Einkommen verlieren werden.

All dies kann kein Rentensystem wirklich ausgleichen. Aber eines ist klar. Die Krise muss Ausgangspunkt werden, um Marginalisierung und Ausgrenzung zu verhindern, Arbeit zu regulieren und die verteilungspolitische Schieflage zu überwinden. Dazu wird es auch notwendig sein, das Denken in Zusammenhängen neu zu entdecken, Probleme ganzheitlich zu betrachten.

Wenn, um das Thema Alterssicherung zu nehmen, sich die jährlichen Anwartschaften beim Bezug von Arbeitslosengeld II auf 2,19 EUR belaufen, dann mag das den Haushalt der Bundesagentur entlasten. Aber auf Kosten der Kommune, die dann für die Grundsicherung aufkommen muss.

Und wenn eine alleinerziehende Mutter nicht arbeiten kann, weil sich der Ausbau von Ganztagschulen aufgrund von Bund-Länder-Streitigkeiten hinsichtlich der Finanzierung eines Mittagessens verzögert, ist dies eben auch ein rentenpolitischer Skandal.

So wie der Einstieg in die Rente mit 67 zwar die Rentenkasse geringfügig entlasten mag, dies aber keinen Wert an sich hat.

Denn der Bezugspunkt der Politik müssen die Menschen mit ihren Sorgen und Bedürfnissen sein, und nicht ein abstraktes System.

2006 wechselten nur etwas mehr als 20 Prozent der Beschäftigten unmittelbar aus einer Berufstätigkeit in Rente. Diese Zahlen sprechen für sich.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehen trotz hoher Abschläge früher in Rente, weil sie den täglichen Belastungen - seien sie nun physischer oder auch psychischer Natur - nicht mehr gewachsen sind.

Die Kombination von Leistungsverdichtung in der Arbeit und Erhöhung des Rentenregeleintrittsalters ist ein sozialer Irrweg.

Deshalb bleiben wir dabei: Die Rente mit 67 muss weg.

Kolleginnen und Kollegen, ...

wir werden sicherlich alles daran setzen, um in den Betrieben Arbeitsbedingungen zu schaffen, die alters- und altersgerecht sind. Wir werden die Politik aber nicht aus der Verantwortung entlassen. Der abstrakten Erkenntnis, dass nicht jeder und jede bis 67 arbeiten kann, müssen legislative Taten folgen. Dies schließt eine intelligente Verlängerung der geförderten Altersteilzeit ausdrücklich mit ein.

Kolleginnen und Kollegen, ...

wir haben in den nächsten zwei Tagen Zeit, um über die Zukunft der Altersvorsorge zu diskutieren. Ich will den Diskussionen nicht vorweg greifen. Ich beschränke mich auf - aus meiner Sicht - zwei grundlegende Anmerkungen.

Die Rentenversicherung verteilt jährlich über 230 Mrd. EUR - rund 13 Prozent des BIP - an momentan ca. 20 Mio. Rentnerinnen und Rentner. Ein solch großes und umfassendes System muss sich stets den sich wandelnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anpassen.

Die Erkenntnis also, dass die sozialen Sicherungssysteme weiterentwickelt werden müssen, um sie zu bewahren, ist so richtig wie historisch banal. Entscheidend ist, ob die jeweiligen Reformen tatsächlich auf den Wandel der Arbeitswelt und der sozialen Risiken reagieren und dem Bedarf der Menschen an sozialer Sicherheit gerecht werden.

Seit der Rentenreform von 1989/1992 ist das Rentenrecht ungefähr 150 mal verändert worden. Aber es darf bezweifelt werden, ob die Wünsche der Menschen immer im Mittelpunkt standen.

Dadurch wurde das Vertrauen in das Umlagesystem geschwächt, obgleich sich dessen Leistungsfähigkeit gerade in Zeiten der Krise unter Beweis stellt und stellen wird. Ein System, welches allen Leistungsdefiziten zum Trotz auch heute noch positive Renditen erzielt, wenn man die verlängerte durchschnittliche Bezugsdauer berücksichtigt.

Um es mit den Worten von Felix Welti (Professor für Sozialrecht an der Fachhochschule Neubrandenburg) auf den Punkt zu bringen:

„Die Menschen für einen erheblichen Teil ihrer Altersvorsorgung unwägbaren Risiken und dem von ihnen nicht zu beeinflussenden Spiel der freien Kräfte auszusetzen, kann mit guten Gründen als Verstoß gegen das Sozialstaatsgebot angesehen werden“

Dem stimme ich ausdrücklich zu. Wir sind gut beraten, nach Reformenoptionen im System zu suchen und gleichzeitig für die Grundstruktur des Umlageverfahrens zu werben.

Denn gerade unter der jüngeren Bevölkerung ist das Vertrauen in die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung - vorsichtig formuliert - unterdurchschnittlich entwickelt. Viele in der jungen Generation gehen davon aus: wenn ich alt bin, gibt's eh nur noch eine Grundrente für alle. Um die Unterstützung der jungen Menschen bei der notwendigen Weiterentwicklung der Alterssicherung zu gewinnen, muss viel Überzeugungsarbeit geleistet und durchdachte Konzepte vorgelegt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ...

das führt mich zu meinem letzten Punkt:

In der Diskussion um die Zukunft der Alterssicherung taucht oft der Begriff

„Generationengerechtigkeit“ auf. Dieser Begriff ist genau so schillernd wie bei näherer Betrachtung problematisch.

Dazu ein Zitat von Prof. Börsch-Supan (Uni Mannheim):

„Ein sauber definiertes Konzept der Generationengerechtigkeit muss eine Bilanz aller Vor- und Nachteile aufstellen, welche die Geschichte einer bestimmten Generation

beschert, und darin die Gewinne und Kosten von Erfindungen, Kriegen, wirtschaftlichen und demographischen Krisen jeder einzelnen Generation nach dem Verursacherprinzip zurechnen. Das ist schlichtweg nicht möglich“

Alle volkswirtschaftlichen Modelle zur „Berechnung“ von Generationengerechtigkeit – z. B. Generationenbilanzen - sind mit Vorsicht zu genießen. Denn sie sind schlichtweg unterkomplex. Oder treffender müssen unterkomplex sein, da sie bei einer Berücksichtigung einer möglichst großen Anzahl von Variablen in etwa so hilfreich wären wie eine Landkarte im Maßstab 1:1.

Kolleginnen und Kollegen, ...

um Missverständnisse zu vermeiden: Ich plädiere natürlich nicht dafür, die Jungen auszuplündern. Das Gegenteil ist der Fall. Natürlich müssen wir bei allen Reformen die Leistungsfähigkeit der nachkommenden Generationen stets sorgsam im Auge haben. Wir müssen den Jungen eine intakte Infrastruktur, eine saubere Umwelt und einen leistungsfähigen Sozialstaat hinterlassen. Wir müssen Ihnen die Zukunftschancen eröffnen, damit sie ein gutes Leben nach ihren Vorstellungen gestalten können. Mein Argument ist vielmehr, dass im Namen der „Generationengerechtigkeit“ Politik gemacht wird, die bestimmte Sachverhalte schlichtweg ausblendet.

Wer heute mit dem Argument der Zukunftssicherung für die jüngere Generation die Rentenlastigkeit des Sozialstaates korrigieren will und zugunsten der Nachhaltigkeit der Rentensysteme die Renten kürzt, der kürzt damit in erster Linie die Leistungen für die heute noch jüngeren Menschen.

Weil eben der heutige Rentenwert Basis für den künftigen ist.

Anstelle eines künstlich befeuerten Generationenkonfliktes brauchen wir eine breite Allianz für eine schrittweise Weiterentwicklung der Alterssicherung, die dem Gedanken der Solidarität und des Ausgleiches gerecht wird. Denn zugespitzt verläuft die zentrale Konfliktlinie nicht zwischen alt und jung, sondern zwischen den Bessergestellten und Ausgegrenzten.

Kolleginnen und Kollegen,

ich denke, die Chancen für einen Politikwechsel stehen heute nicht schlecht.

Es geht bei Alterssicherungspolitik auch immer um die Zukunft der eigenen Kinder und das Wohlergehen der eigenen Eltern. Es geht nicht um Alt gegen Jung, sondern um Teilhabe gegen Ausgrenzung.

„Gemeinsam für ein gutes Leben“, darum geht es.

Dieser Idee sollen unsere Vorschläge Rechnung tragen. Nicht geringer ist unser Anspruch.

Danke für die Aufmerksamkeit.